



Nr. 6 Juni 1931 3. Jahrgang

Organ des K. J. V. D. (Opposition)

Kämpfen — oder untergehen

Das ist „die Marneschlacht des Nationalsozialismus“, so jubelte die sozialdemokratische Presse anlässlich des Auszugs der Nazis aus dem Reichstag. Als dann noch die Regierung Frick in Thüringen gestürzt wurde und der Stennes-Krach im Hitler-Lager einige Blasen zog, da kannte die Freunde der Bürokraten in der SPD und der SAJ keine Grenzen. „Der Faschismus ist abgewehrt, er befindet sich in hoffnungsloser Defensive, die Demokratie ist gerettet“, und dies alles deshalb, weil die Sozialdemokratie nicht nervös wurde, treu zur Fahne Brünings stand und ihn so davor bewahrte, sich mit Hitler offiziell zu vermählen.

Aus der Kommunistischen Partei- und Jugendpresse scholl — wenn auch im Ton etwas gedämpfter — dieselbe Musik. Da hatten die Nazis nur aus Furcht vor den Anträgen der KPD den Reichstag verlassen, die Rebellien der Stennes-Leute wurde als Auflösung der Nazi-Partei und als Beginn des Abmarschs der Nazi-Arbeiter zur revolutionären Front gewertet, und nur KPD und KJV eilten „im Sturmschritt von Sieg zu Sieg“.

Wie so oft ist es auch diesmal anders gekommen, als man es sich gewünscht hatte, denn in Wirklichkeit war der Rückgang der faschistischen Bewegung nur ein scheinbarer. Während man den Faschismus schon totsagte, holte er zu neuen Schlägen aus. Als erstes kamen die Wahlen von Schaumburg-Lippe, wo die Nationalsozialisten erheblich an Stimmen gewannen. Man tröstete sich damit, daß dies sicherlich ein Zufall sei und verwies auf die größere

Bedeutung der Oldenburger Landtagswahlen. In Oldenburg zeigte sich aber, daß die Nationalsozialisten in einem Zeitraum von 8 Monaten ihre Stimmenzahl um rund 33% steigern konnten, die bürgerlichen Mittelparteien vernichtend schlugen und auch die Sozialdemokratie ganz erheblich an Stimmen verlor.

Das auf parlamentarischem Gebiet. Und außerparlamentarisch? Da haben die Nazis bei den diesjährigen Betriebsrätewahlen die erste größere Bresche geschlagen. In der sozialdemokratischen und auch in der Gewerkschaftspresse macht man sich zwar sehr lustig über die angeblich geringen Erfolge der Nazi-Listen. Aber man vergißt vollkommen dabei, daß die Nazis nicht überall mit offenem Visier kämpfen, sondern daß sie sehr oft mit unpolitischen Listen operieren, daß sie sehr stark bei den Listen der Gelben beteiligt sind und vor allem bei der Angestelltenschaft auf den Listen des Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes dominieren.

Bei der Terrorisierung der Arbeiter ringt man immer mehr an, „italienisch“ zu reden.

Der Sturm auf Hieslach, einem Arbeitervorort Stuttgarts, wobei die SA-Kolonnen gemeinsam mit der Polizei gegen die Bevölkerung vorgingen, ist ein ernstes Warnungssignal. Es zeigt drastisch, was den von der bürgerlich-sozialdemokratischen Presse so viel gepriesenen Legalitätsbeteuerungen Hitlers zu Grunde liegt. Nichts anderes, als daß der Faschismus in Deutschland seine blutige Herrschaft nicht gegen, sondern mit dem bürgerlichen Staatsapparat aufzurichten will. Der Liebesdienst, den das Berliner Arbeitsgericht den Nazis erwies, indem es die von ihnen angefochtenen Betriebsrätewahl bei der Berliner Verkehrs-A.-G. für ungültig erklärte, zeigt das ebenfalls sinnfällig.

Die faschistische Flut ist also nicht im Abebben begriffen, der Faschismus ist nicht in die Defensive gedrängt, das Gegenteil ist richtig.

Die faschistische Flut steigt weiter, das Auftreten der Nazis wird immer offensiver werden, und es kann auch nicht anders sein. Denn die Ursachen, die den faschistischen Auftrieb herbeiführten, die Offensive des Kapitals, sie sind nicht geschwunden, sondern auch sie werden immer stärker.

Nach wie vor ist das Gebot der Stunde die Schaffung von überparteilichen proletarischen Abwehrorganisationen, um den faschistischen Terror wirksam zu bekämpfen. Immer dringender wird die Notwendigkeit,

überparteiliche antifaschistische Kartelle zu schaffen, um den Kampf gegen den Faschismus auf die breiteste Grundlage zu stellen und nicht nur einen Teil, sondern die ganze Arbeiterklasse gegen ihren Todfeind zu mobilisieren.

Aber der Kampf gegen den Faschismus wird nur dann wirksam sein, wenn er in Verbindung gebracht wird mit der Abwehr aller Angriffe der kapitalistischen Klasse, die gerade jetzt wieder mit voller Wucht einsetzen.

Mit der letzten Notverordnung, die das Versammlungsrecht einschränkte, hat man die Bewegungsfreiheit der Arbeiter in Fesseln geschlagen, und jetzt hageln nur so die wirtschaftlichen Schläge. Der letzte Lohnabbau sollte mit einer Preissenkung verbunden werden, statt dessen wurden die für das Proletariat wichtigsten Nahrungsmittel verteuert. Der Brotpreis wurde erhöht. Man hat damit den Arbeitern förmlich das Brot vom Munde gerissen. Trotz alledem gehen die Lohntnehmer zu weiterem Lohnabbau über. In allen Teilen des Reiches, in allen Industriezweigen, bei den Angestellten und Arbeitern wie den Jugendlichen soll der Hungerlohn,

den sie jetzt schon nur erhalten, noch weiter abgebaut werden. Die sächsischen Metallindustriellen verlangen einen

Lohnabbau von 20%.

In Berlin laufen die Tarife für die Metallindustrie am 30. Juni ab, und sicherlich werden die Berliner Scharfmacher in ihren Forderungen kaum bescheidener sein, als ihre sächsischen Gesinnungsgenossen.

Die Reichsregierung geht wieder mit einer neuen Notverordnung schwanger. Schon in diesen Tagen soll sie das Licht der Welt erblicken. Ungeheuerlich ist das, was durch diese Notverordnung den Arbeitern und den Beamten genommen werden soll. Der unteren Beamtenschaft werden die Gehälter gekürzt. Bei der Erwerbslosenfürsorge will man eine Verkürzung der Leistungen, eine Verschlechterung der Fristen und auch die Ausdehnung der Bedürftigkeitsprüfung auf die bisher in der Krisenfürsorge unterstützten Erwerbslosen herbeiführen. Ja, man spricht davon, daß die Krisenfürsorge überhaupt in Fortfall kommen und der ausgesteuerte Erwerbslose gleich an die Wohlfahrt überwiesen werden soll. Außerdem will man eine weitere Verschlechterung der Kranken- und Invalidenversicherung herbeiführen.

Wieder wird die Not größer werden, die Verzweiflung immer weitere Kreise ziehen. Der Hungerriemen muß enger geschnallt und der Brotkorb bald unerreichbar hoch gehängt werden.

Ebenso wie der Faschismus schon geschlagen sein sollte, war für die bürgerlich-sozialdemokratische Presse auch die

Bedrohung der proletarischen Jugend

mit der Arbeitsdienstpflicht erledigt. Und gerade jetzt zeigt es sich, daß die Gefahr der Einführung der Zwangsarbeit und damit des organisierten Lohndrucks der nationalistischen und militaristischen Erziehung zum Krieg niemals größer war. Im Innern des Blattes bringen wir eine ganze Reihe von Berichten, die zeigen, daß die sogenannte freiwillige Arbeitsdienstpflicht schon in voller Blüte steht, und daß es bis zur allgemeinen Zwangsarbeit nur noch ein ganz kleiner Schritt ist. Die nächstfolgende Notverordnung kann sie uns schon besichtigen.

Man sieht,

die Kapitalisten machen ganze Arbeit.

Und die Arbeiter? Setzen sie sich zur Wehr! Rüsten sie zu gemeinsamer Abwehr und zum Gegenangriff! Bahnt sich eine geschlossene Front aller jungen und erwachsenen Arbeiter an, durchdrungen von der Einsicht und beseelt von dem Willen, gemeinsam gegen den gemeinsamen Feind zu kämpfen?

Leider nein! Die Taktik des Zurückweichens vor den Angriffen des Klassenfeindes, wie sie durch die Führung der millionenstarken Gewerkschaftsorganisationen geübt wird, schwächt und untergründet die Kampfkraft der Arbeiter. Die Tolerierungspolitik der SPD, deren Früchte u. a. die Panzerkreuzer sind, demoralisiert die Arbeiter und liefert sie wehrlos dem Klassenfeind aus. Die SAJ-Bürokratie tut wacker bei dieser Politik mit. Die Führung der Kommunistischen Partei und des Kommunistischen Jugendverbandes, statt beispielgebend für den gemeinsamen Kampf aller Arbeiter zu wirken, predigt Partei- statt Klassenaktionen, und schwächt durch ihre unsinnige Politik der Bildung eigener Gewerkschaften ebenfalls die Kampfkraft der Arbeiter.

Aber der Faschismus muß geschlagen werden, wenn die Arbeiterklasse leben und nicht untergehen will. Der Faschismus wiederum ist nur zu schlagen, indem gegen seine Ursachen, d. h. gegen die Kapitaloffensive erfolgreich angekämpft wird. Das kann wiederum nur geschehen, wenn die Arbeiter begreifen, in geschlossener Front für ihre unmittelbaren Lebensinteressen und Tagesforderungen zu kämpfen. Daß dies geschieht, dafür wirkt die Kommunistische Partei- und Jugendopposition. Und wer will, daß die Arbeiterklasse lebt und zum Sozialismus aufsteigt, statt in Faschismus und Barbarei unterzugehen, der muß sich diesem Kampf anschließen.

Werner Jurr.

Einheitlicher Kampfaufmarsch der proletarischen Jugend in Breslau

Das Propaganda-Komitee für das proletarische Jugendkartell in Breslau rief zum 14. Mai seine Anhänger zum zweiten Male zu einem gemeinsamen Jugendtreffen auf. 500 Jugendgenossen der verschiedensten Organisationen folgten diesem Rufe: Turnerjugend, Rudererjugend, Kanufahrer, Schwimmerjugend, Radfahrerjugend, Naturfreunde, Freidenkerjugend, Kommunistische Jugend-Opposition, Freie Gewerkschaftsjugend (insbesondere Metallarbeiter und Buchdrucker), ZdA-Jugend, Kinderfreunde, Jungsozialisten, junge Genossen der linken SPD u. a.

Unglaublich waren die Sabotageversuche der Partei- und Organisationsbürokraten. Der Ortsvorstand des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“ verbot seinen Mitgliedern die Teilnahme am Jugendaufmarsch. Das Vorstandsmitglied G... rühmte sich, daß er persönlich zur Kundgebung erscheinen würde, um zu kontrollieren, wer trotz Verbot das Bundesabzeichen trägt. Aber auch diese Schikanen und Spitzeleien fruchteten nichts. Jugendfunktionäre und die Abteilung Mitte der Radfahrerjugend hielten sich keineswegs einschüchtern, sie beteiligten sich!

Der ZdA-Jugendleiter Gu... erließ ebenfalls ein Verbot. Auch er war zum Aufmarsch erschienen. Allerdings nicht, um für die Einheit zu demonstrieren, sondern um seine engstirnige bürokratische Beschränktheit zu dokumentieren, die jede einheitliche Aktion ebenso haßt, wie der Teufel das Weihwasser.

Die Leitung der Jungsozialisten organisierten in aller Eile eine Woche vor dem 14. Mai ein besonderes Treffen für ihre Mitglieder, um eine Beteiligung am Jugendtreffen des Propaganda-Komitees zu verhindern. Nun, das Ergebnis dieses Störungsversuches war der recht klägliche Verlauf dieser Sonderaktion der Jungsozialisten.

Der Genosse Kirstein (SPD.) wurde unter dem Druck des Parteiapparates gestellt, das veranlaßte ihn, das anfangs zugesagte Referat in letzter Minute abzulehnen. Auch ein lehrreicher Abschnitt zum Kapitel „linke“ SPD.

Und was war das Ergebnis dieses Kesselreibens? 500 Teilnehmer! 200 mehr als im Vorjahr! Ein leuchtendes Beispiel für das ganze Reich, daß die einheitliche Front der proletarischen Jugend, für die die KJO seit Jahren unermüdet wirkt, möglich ist!

Nun ist der mit Spannung erwartete 2. Rote Jugendtag im Zettelbusch vorbei. Viel Arbeit und Energie hat die Vorbereitung gekostet. Wieder sollten, wie im Vorjahr, die Mitglieder der verschiedensten Jugendorganisationen,

Bekanntnis für den einheitlichen proletarischen Klassenkampf ablegen. Das konnten die Bürokraten hüben wie drüben nicht ruhig ansehen. Vom Zurückweichen des Genossen Kirstein bis zur offenen Drohung mit dem Ausschluß, gibt es eine lange Skala der Sabotageversuche. So manche durch die Bürokraten geschaffene Verwirrung mußte noch im letzten Augenblick durch Herausgabe von Flugblättern beseitigt werden. Da hieß es den letzten Groschen zusammenkratzen. Der Jugendtag war dafür eine volle Genugtuung.

Die Lastautos, die am Neumarkt bereitstanden, reichten nicht aus, um alle Jugendlichen, die sich eingefunden hatten, aufzunehmen. 2 weitere Lastwagen mußten bestellt werden. 100 Genossen kamen per Fahrrad nach Zettelbusch. Zuletzt trafen noch 30 Genossen aus Gleiwitz ein, so daß die Teilnehmerzahl mit weit über 500 Genossen die Zahl vom vorigen Treffen um über 200 übertraf. Dieser Aufschwung ist unsso höher zu werten, wenn man bedenkt, daß in allen proletarischen Organisationen, besonders aber in den proletarischen Jugendorganisationen eine große Depression herrscht. Und inmitten dieser Depression erheben sich 500 Jugendgenossen für den proletarischen Klassenkampf. Ein jeder fühlt: diese Erhebung ist ein neuer An-

Ein Gegenbeispiel

Zerfall des reformistischen Jugendkartells Chemnitz

Das Proletarische Jugendkartell Chemnitz veranstaltete am 16. Mai eine öffentliche Jugendversammlung im Volkshaus mit dem Thema: Arbeitsdienstpflicht — Militärdienst — Hitlerjugend. Es referierte Eduard Weckerle. Seine Ausführungen standen in einem sichtbaren Widerspruch zur reformistischen Politik der SPD; sie trugen jedoch den allgemeinen Mangel, der bei allen „Linken“ zu finden ist. Weckerle kam zu keinen praktischen Schlußfolgerungen. Außer einigen allgemeinen Bemerkungen konnte er keine konkreten Wege zur Überwindung des Faschismus und zum Sturz des kapitalistischen Systems zeigen. In der Diskussion sprach ein Genosse vom KJVD, der einen Antrag auf Entsendung einiger Delegierter zu einem Kampfkongreß forderte. Der Antrag fand nicht einmal die Unterstützung seiner eigenen Genossen und kam gar nicht zur Abstimmung. Unser Genosse P. machte einige kurze Ausführungen, die darin gipfelten, daß das Jugendkartell alles tun müsse, um in Wirklichkeit die Einheitsfront der proletarischen Jugend herzustellen. In seiner jetzigen Verfassung widerspricht es diesem Gedanken. Der SAJ-Sekretär Groß ritt darauf eine Attacke, in der er das Proletarische

Jung. Kein Wunder, daß die Begeisterung auch restlos von allen Teilnehmern getragen wird, daß diese Begeisterung so echt und anhaltend ist.

Nach der Autofahrt begann die Kundgebung, die von Rezitationen und Sprechchören unrahmt war. In packenden Worten verstand es Genosse Max Gläser dem Willen des Komitees Ausdruck zu geben, wofür ihm die Jugendgenossen mit wiederholtem Beifall lobten. Und als sollten die Worte des Gen. Gläser vom einheitlichen Kampf gegen die Diktatur des Polizeinutts drastisch unterstrichen werden, traten Landjäger auf den Plan, um die Kundgebung zu verhindern. Genosse Gläser sprach weiter und unsso größer wurden die Beifallskundgebungen, mit unsso größerem Elan wurde die Kundgebung zu Ende geführt.

Am Nachmittag strömten alle Genossen, vor der Freilichtbühne zusammen. Ein proletarisch-satyrisches Theater begann. Die Spieltruppen „Rote Ruderer“, „Die Gottlosen“, „Rote Raketen“ und die „Roten Pfadfinder“ aus Gleiwitz gaben ihr Bestes! Proletarische Songs, Parodien, Bewegungsschöre folgten dicht aufeinander. Es gab manchen Seitenhieb nach rechts und links, und zwischendurch immer wieder die Warnung: Es wird gehn, wenn wir zusammenstehen!

„Durchdrungen von der Erkenntnis, daß der Kampf gegen Faschismus und Arbeitsdienstpflicht, gegen die materielle und physische Vernichtung der Arbeiterklasse nur von einem aktiven und geeinten Proletariat zum Erfolg geführt werden kann, fordern wir erneut die Schaffung eines antifaschistischen Kampfkartells der Arbeiterorganisationen, fordern wir von Neuem die Zusammenfassung der proletarischen Jugend in einem Jugendkartell,“ heißt es in der vorgelegten Resolution.

Das war der Moment, wo sich über 500 Arme emporrückten. Das war dringende Forderung nach dem proletarischen Jugendkartell; das war Kundgebung der Kampfbereitschaft; das war Mahnung an die erwachsene Arbeiterschaft zur Durchführung einer einheitlichen Aktion gegen den „Stahlhelm“ — Aufmarsch am 31. Mai in Breslau.

Auf der Heimfahrt wurden wir von Arbeitern immer wieder mit freudigen Zurufen begrüßt. Der Glaube an den Sieg des Proletariats lebt noch!

Jugendkartell als eine Domäne der SAJ verteidigte, von der alle revolutionären Einflüsse ferngehalten werden müssen. Das Proletarische Jugendkartell sei der Ausdruck der Einheit der arbeitenden Jugend.

Die Versammlung selbst bietet das sprechendste Beispiel für das Gegenteil. Dem Kartell sind angeschlossen SAJ, freie Gewerkschaftsjugend, Sportlerjugend, Jungsozialisten, Kinderfreunde. Auswesend waren in der Versammlung trotz der Wichtigkeit der Sache zirkla 300 Personen; drei Viertel davon waren SAJler. Es zeigt sich, daß das Proletarische Jugendkartell nicht das Vertrauen der von ihm erfaßten Jungarbeiter besitzt. Immer zahlreicher werden die Proteste gegen die Politik des Nachlaufens hinter der SAJ, die organisierte Jugend drückt ihre Ablehnung in passiver Weise aus, indem sie den Veranstaltungen des Jugendkartells fernbleibt. Unsere Genossen haben die Aufgabe, den Willen der organisierten proletarischen Jugend in aktive Bahnen zu leiten. Der Kampf muß geführt werden um die Erfüllung der wahren Zweckes des proletarischen Jugendkartells: um die Errichtung der kämpfenden Einheitsfront der gesamten proletarischen Jugend.

Die Kasernierung beginnt — Die ersten Arbeitskolonnen in Sachsen, Preußen und Südwestdeutschland — Proletarische Jugend: Organisiere den Abwehrkampf!

Das muß man den Reaktionen lassen: sie verstehen ihr Handwerk! Leider ist es nicht so, wie unsere republikanische und sozialdemokratische Presse es immer wieder hinstellen versucht, als ob die Befürworter des Arbeitsdienstes im Wolkenkuckuckshaus wohnen. Mit außerordentlichem Geschick und nie erlassender Intensität propagieren sie seit Kriegsende die Arbeitsdienstpflicht. Bald tauchte dieser, bald jener Plan auf. Zuerst sind es nur die Männer des Jungdeutschen Ordens, später gesellen sich zu ihnen die Artamanen mit ihrem Landwerk. Die ersten praktischen Versuche sind noch recht winzig. Der Kreis der erfaßten Leute noch lächerlich klein. Aber die Propaganda erhält neuen Antrieb durch die Wirtschaftskrise in Deutschland. Die großen bürgerlichen Parteien schicken zunächst einige Journalisten und Doktoren vor, die positiv zum Gedanken der Arbeitsdienstpflicht Stellung nehmen. Gesetzentwürfe werden eingereicht. Besprechungen in den Ministerien finden statt. Ergebnis? Die gesetzliche Einführung der Arbeitsdienstpflicht wird einmütig abgelehnt. Nun können sich die Republikaner und Demokraten schlafen legen. Die Gefahren sind ja gebannt. Und die Häupter der SAJ und SPD sind auch beruhigt.

Aber zur selben Zeit ruft der Reichsminister die Wehrverbände, einschließlich des Reichsbanners zu einer Besprechung um den freiwilligen Arbeitsdienst in Ostpreußen ins Rollen zu bringen. Die Wehrverbände sollen pro Mann, der sich für diese Dienste anwerben läßt, einen noch genau festzulegenden Betrag aus Reichsmitteln erhalten.

Der Präsident des Arbeitsamtes

Herr Kälin, Präsident des Landesarbeitsamtes Südwestdeutschland, hat an die ihm unterstellten Arbeitsämter eine Dienstweisung verschickt, aus der wir folgendes zitieren:

„Die Stuttgarter Studentenschaft möchte nach dem Vorbild der schweizerischen Studentenschaft und

in praktischer Erprobung des gegenwärtig viel erörterten Gedankens der Arbeitsdienstpflicht

in der Zeit von Anfang August bis Mitte Oktober d. J. eine freiwillige Arbeitskolonie in Württemberg durchführen. Gegenstand der Arbeitskolonie sollen zusätzliche Arbeiten (z. B. Boden-, Weidenverbesserungen, Wegebauten, Meliorationen, Drainagen, Kanalisierungen, Bach- und Wegeverbesserungen, Ausforstungen usw.) gemeinnützigen Charakters und vom volkswirtschaftlichem Werte sein.

Teilnehmer sollen zu ungefähr gleichen Teilen städtische Arbeitslose, ländliche Arbeitslose und Studenten sein. Die Finanzierung der Arbeitskolonie ist in der Weise gedacht, daß der Träger oder Nutznießer der Arbeit freie Unterkunft (eventuell in Baracken oder Schulen) und einen Teil der Verpflegung (eventuell in Naturheilen) zu leisten,

**Kämpf mit
der Kommunistischen
Jugend-Opposition!**

Also staatliche Unterstützung für die Knüttelgardien der Reaktion. So weit sind wir jetzt bereits in der Republik.

Unmittelbar darauf veröffentlicht die Braunkommission ihre dringliche Empfehlung des freiwilligen Arbeitsdienstes. In Sachsen führt der Jungdeutsche Orden Verhandlungen mit der Regierung zur baldigen Verwirklichung dieses Planes. Geplant sind zunächst Fließregulierungen. Die Arbeitsämter beginnen bereits Wohlgefallen an diesem Unternehmen zu finden. Die Front wird breiter. Aus den „Gegnern der Arbeitsdienstpflicht“ wurden über Nacht begeisterte Schildknappen des „freiwilligen“ Arbeitsdienstes.

Und auf der anderen Seite? Die Gewerkschaften, die anfangs ebenfalls entrüstet die Arbeitsdienstpflicht ablehnten, sind jetzt auffallend zurückhaltend geworden. Haben sich etwa dort die Anschauungen gewandelt? Will man sich etwa gewissen staatspolitischen Notwendigkeiten — nämlich zu sparen — nicht verschließen? Warum dieses Schweigen in der freigewerkschaftlichen Jugendpresse gegenüber diesen niederträchtigen Machenschaften der Reaktion? Die jugendlichen Mitglieder der Gewerkschaften müssen klare Antwort von ihren Instanzen verlangen. Sie müssen fordern, daß endlich die Kraft der 300000 jugendlichen Gewerkschaftsmitglieder in einer breiten einheitlichen Kampfbewegung gegen jegliche Form des Arbeitsdienstes eingesetzt wird.

ferner die nötigen Arbeitsobjekte bereitzustellen und die erforderlichen Baustoffe, unter Umständen auch das Arbeitsgerät zu liefern hat ... Die Arbeitskolonie gewährt den Teilnehmern freie Unterkunft und Verpflegung, ferner Arbeitskleidung, Arbeitsgeräte, Reisekosten, Versicherungsbeiträge und vielleicht auch ein Taschengeld von 50 Pfennig ...

Die Führer stellen sich vor

Im neuesten Flugblatt des „Volksbundes für Arbeitsdienst“ werden die Vorstands- und Bundesausschuß-Mitglieder der Öffentlichkeit präsentiert:

- Generalmajor a. D. Faupel,
- Dr. Herbert Schneider,
- Dr. H. Dähnhardt,
- Dr. Th. Merten
- Rittergutsbesitzer v. Eickstedt-Tantow,
- Geheimer Regierungsrat i. R., R. Böhmer.

Daß der Herr Generalmajor und der Herr Rittergutsbesitzer die Arbeitsdienstpflicht sind, ist wenig verwunderlich. Zu ihrem Beruf gehört Drill und Ausbeutung. Die proletarische Jugend aber ist dagegen, und darum bekämpft sie jede Art der Arbeitsdienstpflicht und des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Das böse Gewissen

Der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände erklärt, daß er entgegen allen Pressemeldungen an den Beratungen in der Reichskanzlei am 5. Mai unter Vorsitz des Ministers Treviranus, wegen des freiwilligen Arbeitsdienstes nicht teilgenommen habe. Es wird feierlich betont, daß an den Reichsausschuß gar keine Einladung ergangen sei.

Ja, wenn er aber nun das nächste Mal eine solch böartige Aufforderung zur Teilnahme erhält. Was dann? Wird der Reichsausschuß dann an einer „positiven“ Gestaltung des freiwilligen Arbeitsdienstes mitwirken? Wird er ebenso schnell der Presse mitteilen, daß er grundsätzlich ein Gegner jeglicher Arbeitsdienstpflicht-Propaganda ist? Wir zweifeln daran! Und die Mitglieder der SAJ, der FGJ und des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, was sagen sie dazu. Uns scheint es ist allerhöchste Zeit vom Reichsausschuß ganz klare Antwort zu fordern. Und das ist die einzig mögliche Konsequenz, dieser Arbeitsgemeinschaft zur Aufrechterhaltung des Burgfriedens in der Jugendbewegung, so schnell als möglich den Rücken zu kehren. „Proletarische Jugendkartelle“ darum geht der Kampf!

Wie die Arbeitsdienstpflicht aussehen soll

In der „Bergwerkszeitung“ vom 14. Mai wird zur Arbeitsdienstpflicht Stellung genommen. Wie sich diese Zeitung der Schwerkapitalisten die Verwirklichung der Arbeitsdienstpflicht in der Praxis denkt, zeigen folgende Vorschläge: „Ältere verdiente Offiziere übernehmen für jedes Kommando die Führung ... Bei einem kleinen täglichen Taschengeld muß täglich 8 bis 10 Stunden gearbeitet werden. ... Besoldung: Leutnant bis Hauptmann Löhnung des alten Heeres ... Notwendig ist zunächst ein kleiner Staatszuschuß für all dieses Beginnen und von vornherein die Hauptbedingung, keine Pfunde zu schaffen, sondern dem ehemaligen Wehrdienst gleich für die gute Sache, für das geringste Entgelt zu arbeiten. ... Grundsätzlich ist dem Jugendlichen von 15 bis 20 Jahren bei Arbeitslosigkeit jegliche Unterstützung zu entziehen.“

Diese Vorschläge der Ausbeuterpresse lassen erkennen, wie systematisch und zielbewußt die Bourgeoisie auf die Einführung einer nach militärischem Muster aufgebauten Arbeitsdienstpflicht hinarbeitet. Neben der Schaffung einer Armee von billigen Arbeitskräften, Lohndrückern und zwangsweisen Arbeitswilligen bei Streiks soll gleichzeitig die Erziehung der proletarischen Jugend zur Wehrhaftigkeit und nationalen Gesinnung für den neudeutschen Imperialismus unter dem Drill von Offizieren vorschreiten.

Daß die Zwangsarbeit keine lächerliche Phantasie ist, sondern immer realere Formen anzunehmen beginnt, wird durch Tatsachen bestätigt. In Preußen geht man bereits zur praktischen Einführung der freiwilligen Arbeitsdienstpflicht über. Nationalsozialistische Verbände aller Schattierungen im Bunde mit dem Reichsbanner stellen sich zur Verfügung. Das Braunschweig hat ebenfalls die freiwillige Arbeitsdienstpflicht mit Nachdruck empfohlen. Alles dies ist Vorarbeit für die von der Bourgeoisie und den Faschisten propagierten Arbeitsdienstpflicht.

